

An
Lt. Begutachtungsverteiler extern

BMIMI – IV/IVVS3 (Rechtsbereich Bundesstraßen)
ivvs3@bmimi.gv.at

Mag. Maximilian August Geschl
Sachbearbeiter:in

maximilian.geschl@bmimi.gv.at
+43 1 71162 652803
Postanschrift: Postfach 201, 1000 Wien
Büroanschrift: Radetzkystraße 2, 1030 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte unter Anführung der
Geschäftszahl an oben angeführte E-Mail-Adresse zu
richten.

Geschäftszahl: 2026-0.417.313

Wien, am 15. Mai 2026

Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird (BStG-Novelle Schutzzonen) Aussendung zur Begutachtung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Das Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur übermittelt in der Beilage den Entwurf eines Gesetzes mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird, samt Erläuterungen, Textgegenüberstellung, Vorblatt und WFA mit der Bitte um Stellungnahme bis

31. Mai 2026

Es wird ersucht, Stellungnahmen per E-Mail an die Adresse ivvs3@bmimi.gv.at zu senden. Sollte bis zum oben angeführten Termin eine do. Stellungnahme nicht einlangen, darf angenommen werden, dass gegen den Entwurf keine Bedenken bestehen.

Die Aussendung dient gleichzeitig als Übermittlung im Sinne des Art. 1 der Vereinbarung zwischen dem Bunde, den Ländern und den Gemeinden über einen Konsultationsmechanismus und einen künftigen Stabilitätspakt der Gebietskörperschaften, BGBl. I Nr. 35/1999; Die Stellungnahmefrist im Sinne dieser Vereinbarung endet vier Wochen nach Zustellung. Es wird auf die Bestimmung des Art. 6 Abs. 1 Z 1 dieser Vereinbarung hingewiesen. Demnach sind rechtsetzende Maßnahmen in Umsetzung zwingender Vorschriften des Gemeinschaftsrechts vom Geltungsbereich der Vereinbarung ausgenommen. Über die verpflichtende Umsetzung solcher Vorschriften hinausgehende Maßnahmen unterliegen der Vereinbarung (Art. 6 Abs. 2).

GZ. 2026-0.417.313

Weiters wird ersucht, die allenfalls abgegebene Stellungnahme auch dem Präsidium des Nationalrates zu übermitteln, und zwar

- die Bundesministerien über die ELAK-Schnittstelle
- alle anderen Stellen über die Internetseite
<https://www.parlament.gv.at/PERK/BET/VPBEST/#AbgabeStellungnahme>

und dem Bundesministerium für Innovation, Mobilität und Infrastruktur hievon Meldung zu machen.

Beilagen:

- Gesetzesentwurf
- Erläuterungen
- Vorblatt und WFA
- Textgegenüberstellung

Für den Bundesminister:

i.V. Mag. Michael Luczensky